



RESPOND Newsletter

Herzlich Willkommen zum Newsletter des Forschungsprojekts RESPOND.

Ziel des BMBF-geförderten Projekts ist eine Verbesserung der Evidenzbasis bei der medizinischen Versorgung für Geflüchtete in Deutschland. Das Projekt umfasst eine Laufzeit von fünf Jahren (2016-2021) und neun Arbeitspakete, in denen qualitative und quantitative Daten, sowie existierende Routinedaten zu wichtigen Fragestellungen ausgewertet werden.

Seit Projektstart und dem Kick-Off im März 2017 konnten nicht nur eine hohe Anzahl an Publikationen in Fachzeitschriften veröffentlicht werden, sondern wichtige Studienergebnisse auch im Austausch mit relevanten Akteuren der gesundheitlichen Versorgung Geflüchteter auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene diskutiert werden. Wir legen Wert auf eine aktive Dissemination unserer Forschung, damit diese in die Versorgungspraxis gelangen oder politische Entscheidungen informieren. Deshalb berichten wir an dieser Stelle in regelmäßigen Abständen über neue Studienergebnisse, Diskussionen oder Veranstaltungen im Rahmen des Projekts.

In dieser Ausgabe des Newsletters geht es um gesundheitliche Ungleichheit bei Geflüchteten: Die erste Studie hat Maßnahmen der Erstuntersuchung in allen 16 Bundesländern genauer unter die Lupe genommen und festgestellt, dass sich diese regional stark unterscheiden mit Konsequenzen sowohl für Individuen als auch für das Gesundheitssystem. Eine weitere Analyse hat sich mit den Schwangerschaftsergebnissen sowie der geburtshilflichen Versorgung von geflüchteten Frauen im Vergleich zur Regelbevölkerung auseinandergesetzt.

Wir erhoffen uns auf diesem Wege einen informativen und fruchtbaren Austausch. Sie können diesen Newsletter gerne an interessierte Kolleginnen und Kollegen weiterleiten; diese können sich dann über den Button für weitere Newsletter anmelden.

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Kayvan Bozorgmehr (*Projektleiter*)
und Louise Biddle (*wiss. Projektkoordinatorin*)

[RESPOND Newsletter Anmeldung](#)



Regionale Unterschiede in Gesundheitsuntersuchungen

Eine Analyse von föderalen Regelwerken zur Bestimmung der Erstuntersuchungen bei Asylsuchenden im Jahr 2015 ermittelte große Unterschiede im Umfang der Untersuchungen auf Infektionskrankheiten. Einige Tests, wie zum Beispiel pauschale Blutuntersuchungen auf HIV und Syphilis, oder Reihenuntersuchungen des Stuhls beruhen auf keiner wissenschaftlichen Evidenzbasis. Dieses Vorgehen ist nicht nur ethisch fraglich, da Asylsuchende trotz teilweise niedrigem Erkrankungsrisiko zu diesen Untersuchungen verpflichtet werden. Es stellt außerdem eine ineffiziente Nutzung der verfügbaren Ressourcen dar: Die Überdiagnostik verursachte vermeidbare Kosten in Höhe von schätzungsweise € 3,1 Millionen, die an anderer Stelle in der Versorgung Geflüchteter, z.B. im psychosozialen Bereich, dringend benötigt werden. Die Harmonisierung der Erstuntersuchungen sowie eine stärkere Ausrichtung der Untersuchungen auf das individuelle sowie herkunftslandspezifische Erkrankungsrisiko scheinen dringend geboten.

Eine Pressemitteilung zu dieser Studie vom Universitätsklinikum Heidelberg finden Sie [hier](#).

[Vollständige Publikation](#)

Geburtsergebnisse bei geflüchteten Frauen

Im Rahmen von RESPOND konnte eine Untersuchung von Daten zu Geburtsergebnissen der städtischen Klinik Karlsruhe, Referenzkrankenhaus für die Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge, durchgeführt werden. Hier konnten im Zeitraum von 2010 bis 2016 erstmalig Geburtsergebnisse von schwangeren Geflüchteten mit schwangeren Frauen der Regelbevölkerung in Deutschland verglichen werden. Obwohl Risikoschwangerschaften bei geflüchteten Frauen seltener vorkamen, wiesen diese ein höheres Risiko für Fehl- und Totgeburten sowie für nachgeburtliche Komplikationen auf. Diese Ergebnisse suggerieren, dass die Belastungen, die mit der Flucht und dem Leben in



Aufnahmeeinrichtungen verbunden sind, innerhalb der Schwangerschaftsvorsorge stärker berücksichtigt werden müssen, um die Voraussetzungen für eine gesunde Schwangerschaft zu verbessern, z.B. durch Maßnahmen zur Früherkennung psychosozialer Belastungen und aufsuchender Nachsorge.

Die Studienergebnisse finden Sie [hier](#).